

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

"Aus den Tannen" Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Erfüllung der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorkosten. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamzeile 85 Goldpfennige. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Dr. 204.

Altensteig, Samstag den 30. August.

Jahrgang 1924

Die Gutachtengesetze vom Reichstag angenommen.

WTB. Berlin, 29. Aug. (Telegramm.) Der Reichstag hat heute die Gutachtengesetze angenommen, darunter das Eisenbahngesetz mit 314 gegen 127, also mit der erforderlichen $\frac{2}{3}$ Mehrheit.

Rundgebung der Reichsregierung.

WTB. Berlin, 29. Aug. (Amtlich.) Anlässlich der Verabschiedung der Gesetze über die Londoner Vereinbarungen erläßt der Reichskanzler namens der Regierung folgende Rundgebung: Der Reichstag hat mit den heute gefaßten Beschlüssen sein Siegel unter die Londoner Vereinbarungen gesetzt. Damit ist eine Entscheidung getroffen, die für das Schicksal des deutschen Volkes auf Jahre hinaus von maßgebender Bedeutung sein wird. Der Reichsregierung ist es Bedürfnis, allen Mitgliedern des Reichstags, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, ihren Dank auszusprechen. Alle Beteiligten haben schwere Bedenken überwinden und vielfach sogar persönliche Ueberzeugungen zurückstellen müssen um, zur Annahme der Londoner Vereinbarungen zu gelangen. So schwer dieser Entschluß jedem einzelnen geworden sein mag, so mußte er doch gefaßt werden, wenn unserem Vaterland der Weg in eine bessere Zukunft eröffnet werden sollte. Die Reichsregierung kann und will aber diesen bedeutungsvollen Augenblick, in dem sie in der Durchführung des Versailler Vertrages schwere Verpflichtungen auf sich nimmt, nicht vorübergehen lassen, ohne in der Kriegsschuldfrage, die seit 1919 mit schwerem Druck auf der Seele des deutschen Volkes lastet, klar und unzweideutig ihren Standpunkt darlegen. Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Festlegung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. So lange das nicht geschehen ist, und so lange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden. Die Reichsregierung wird zum Anlaß nehmen, diese Erklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Preßfestimmen.

WTB. Berlin, 30. August. Die Haltung der Deutschnationalen bei der gestrigen Abstimmung im geistigen Reichstag über die Dawesgesetze findet nur in der Deutschen Zeitung schärfste Beurteilung. Kreuzzeitung und Deutsche Tageszeitung suchen in längeren Ausführungen die Haltung der deutschnationalen Fraktion zu rechtfertigen. Vor allem begrüßen sie es, daß nunmehr der erste große Schritt zu einem großen Bürgerblock getan sei, daß die Durchführung der Dawesgesetze unter Beteiligung der Deutschnationalen vor sich gehen werde und daß die Reichsregierung eine Erklärung über die Kriegsschuldfrage abgegeben habe. Die Deutsche Allg. Zeitung sagt, daß mit dem gestrigen Tag ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Nachkriegsjahre begonnen habe. Die Germania nennt die Annahme der Londoner Abmachungen im Reichstag einen Sieg der politischen Vernunft und einen Sieg des deutschen Versöhnungswillens. — Das Berliner Tageblatt spricht von einer staatsmännischen Tat, die die Mehrheit des Reichstags gestern vollbracht habe. — Die Botschafter Zeitung schreibt: Ein Aufatmen geht durch das deutsche Volk. Vatentroz und Sowjetstern haben in Deutschland ausgespielt. — Der Vorwärts erklärt, daß der gestrige Tag den Zusammenbruch der nationalistischen Demagogie und ihrer Anstrengung zur Verhinderung einer Verständigung der Völker gebracht habe.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. August.

Kurz nach Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung gab Reichskanzler Marx folgende Erklärung der Reichsregierung ab:

Zu den vorliegenden Gesekentwürfen ist von verschiedenen Parteien eine Anzahl von Anträgen und Entschlüssen eingebracht worden. Zu den darin aufgeworfenen Fragen habe ich namens der Reichsregierung folgendes zu erklären: Die Anträge beziehen sich in erster Linie auf das Schicksal der besetzten Gebiete. Die Reichsregierung kann sich die Grundgedanken, aus denen diese Anträge hervorgegangen sind, durchaus zu eigen machen. Sie hat es stets als das wichtigste Ziel ihrer internationalen Verhandlungen über das Sachverständigengutachten angesehen, mit der Uebernahme der darin festgesetzten Verpflichtungen die Befreiung von Rhein und Ruhr herbeizuführen. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, wird die Reichsregierung das schwere Opfer, das dem deutschen Volke mit den Kosten des Gutachtens zugemutet wird, als vergeblich ansehen müssen. Die Reichsregierung glaubt noch dem Verlauf der Londoner Konferenz darauf vertrauen zu können, daß dieses Ziel schon vor Ablauf der in London vorgesehenen Maximalfrist von einem Jahr erreicht werden wird. Jedenfalls wird sie alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß dieses Ziel erreicht wird. Die Annahme der Londoner Vereinbarung wird die Grundlage dafür geben, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß alle über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete schon erheblich vor dem Ablauf jeder Maximalfrist geräumt werden und daß in den altbesetzten Gebieten eine lokale und gerechte Handhabung des Rheinlandabkommens sichergestellt wird. Solange dies nicht geschehen ist, die Befürchtung begründet, daß die normale Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Sachverständigengutachtens beeinträchtigt ist. Die Reichsregierung nimmt an, daß insbesondere auch die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über handelspolitische Fragen die Erreichung des Zieles der Befreiung von Rhein und Ruhr beschleunigen werden. Die von uns angestrebte Herbeiführung normaler Beziehungen zu Frankreich und Belgien, insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen beiden Nachbarländern erscheint uns nicht in dem von uns gewünschten Maße durchführbar, solange nicht die Räumung des Ruhr- und Sanktionsgebietes durchgeführt ist. Die Reichsregierung kann sich auch den von der Deutschnationalen Volkspartei gestellten Anträgen in ihren Grundgedanken anschließen. Sie kann ihnen indessen in der vorgeschlagenen Form nicht zustimmen. Die Anträge sind in der Form einer Suspensionsbedingung für das Inkrafttreten der Londoner Vereinbarung gekleidet. Würde diese Form beibehalten, so bestände die Gefahr, daß damit das Ergebnis der Londoner Konferenz zu Fall gebracht würde. Die Reichsregierung ist daher der Ansicht, daß der Grundgedanke der Anträge in anderer Weise verwirklicht werden muß und auch verwirklicht werden kann. Weitere Anträge der Partei beziehen sich auf die Möglichkeit, daß die Vorkosten des Sachverständigengutachtens die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigen. Ich möchte in dieser Hinsicht auf die durchaus zutreffende Feststellung des Antrags der Deutschen Volkspartei hinweisen, wonach sowohl der Versailler Vertrag als auch das Sachverständigengutachten und die Londoner Vereinbarungen der Reichsregierung ausreichende Mittel an die Hand geben, jeder Ueberschreitung der Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit entgegen zu treten. Die Reichsregierung wird, wenn tatsächlich eine solche Ueberschreitung droht, von diesem Mittel rechtzeitig Gebrauch machen. Wie aber der Reichsminister des Auswärtigen bereits dargelegt hat, glaubt die Reichsregierung nicht, daß es zweckmäßig wäre, sich in dieser Beziehung von vornherein auf bestimmte Fristen festzulegen. Schließlich liegt noch ein Antrag vor, der die Festsetzung einer endgültigen Summe für die deutschen Gesamtleistungen fordert. Das Sachverständigengutachten selbst weist in seinen Schlusssätzen darauf hin, daß seine Annahme die Grundlagen für ein engligiges und umfassendes Abkommen über alle Reparations- und verwandte Fragen geben würde. Die Reichsregierung wird wegen einer solchen endgültigen Regelung zur gegebenen Zeit mit den Alliierten in Verhandlungen treten.

Darauf wird in die Einzelberatung der Dawesgesetze eingetreten.

Abg. Rosen (Komm.) befürwortet die Gutachtengesetze und rückt Anträge gegen die Sozialdemokratie, die als Lohn für ihre Zustimmung

empfangen werden. Der in den letzten Tagen durchgeführte Rohhandel habe schon den Erfolg gehabt, daß in kurzer Zeit der Deutschnationale Verein Blaufarber werde. Die Sozialdemokratie werde aus der preußischen Regierung entfernt und sämtliche sozialdemokratischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Beamten würden davon abberufen werden.

Abg. Schmidt-Sierlin (D.natl.) verlangt härtere Sicherung der Beamtenrechte für die Angehörigen der neuen Reichsbahnverwaltungen. Abg. Dr. Reichert (D.natl.) befürwortet die Dawesgesetze. Es sei darauf zu achten, daß die Industrie von der Annahme der Gutachtengesetze Vorteile haben werde. Die Ruhräumung müsse zur Vorbereitung für handelspolitische Verhandlungen mit Frankreich und England gemacht werden. Die Reichsregierung werde hoffentlich weitere Erklärungen abgeben, die für die Deutschnationalen von Bedeutung sein könnten.

Abg. Freyher v. Helldobben (D.V.) verlangt, daß auch von der Gegenseite die friedfertige Gesinnung gezeigt werde, die die deutsche Regierung erfüllt. Damit wäre eine Fortsetzung der Ruhrbesetzung schwer vereinbar.

Abg. Balle (Nat.-Soz.) erklärt: In den letzten Tagen war hier ein heftiger Rohhandel zu beobachten. Die Nationalsozialisten achten in den Kommunisten ihre Gegner und betrachten es als ein Schand, daß so viel Kommunisten künstlich von der entscheidenden Abstimmung ferngehalten werden.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) verweist auf die letzten Ausführungen des Abg. Dr. Reichert, die erkennen ließen, daß die Deutschnationalen zum Unfall bereit seien. Der Redner fragt die Regierung, ob es richtig ist, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion als Preis für ihren Unfalls den Eintritt einzelner ihrer Mitglieder in das Kabinett verlangt hat, daß den Deutschnationalen, wenn nicht für diesen Augenblick, so doch für einen weiteren noch bestehenden Termin eine solche Umbildung der Regierung durch den Eintritt deutschnationaler Minister in Aussicht gestellt worden ist, daß die Deutschnationale Volkspartei heute morgen noch als Hauptpreis für ihren Unfalls den Rücktritt des Reichskanzlers Marx fordere oder in einem anderen Sinne gehandelt hat. Ist es richtig, daß der Vorstand der Zentrumspartei dieses Ansuchen abgelehnt hat und daß die Verhandlungen über den Kaufpreis trotzdem fortgeführt werden? (Abg. Rosen erhebt die Hand.) (Schüttelt mit dem Kopf.) Wir verlangen Klärung vor der Abstimmung.

Reichskanzler Marx kann zunächst nicht sprechen, da bei den Kommunisten und Sozialdemokraten große Unruhe herrscht. Nachdem Vizepräsident Vell die Ruhe wieder hergestellt hat, erklärt Reichskanzler Dr. Marx: Namens der Reichsregierung habe ich noch zu erklären: Der Reichspräsident hat zur Frage einer Umbildung der Regierung nicht Stellung genommen. An der Aussprache zwischen den Vertretern verschiedener Parteien war die Reichsregierung überhaupt nicht beteiligt. (Große Unruhe und Widerspruch links.)

Abg. Breitscheid (Soz.) fragt: Kann der Reichskanzler darüber Auskunft geben, ob das eine oder andere Mitglied des Kabinetts an solchen Verhandlungen und Berechnungen beteiligt gewesen ist und welches der Verlauf dieser Verhandlungen war?

Reichskanzler Dr. Marx: Nach Erundigungen, die ich eingezogen habe, hat kein Mitglied des Kabinetts an den Beratungen über die Umbildung der Reichsregierung teilgenommen. Es haben bloß Verhandlungen zwischen Mitgliedern des Kabinetts über die Ausarbeitung einer vorläufigen Erklärung stattgefunden und weiter habe ich nichts zu erklären. (Große Unruhe links.)

Sitzungspräsident Vell schließt vor, die Sitzung auf einhalb Stunden zu unterbrechen. Inzwischen soll der Reichskanzler zusammenzutreten, um über die Geschäftsliste zu beraten.

Um 3 Uhr wird die Sitzung von Präsident Vellrat wieder eröffnet. Von den Nationalsozialisten ist ein kleines Schaustück auf den Tisch des Kanzlers gestellt worden. Der Präsident leitet die Abstimmung mit erläuternden Bemerkungen über die Reihenfolge ein.

Ein nationalsozialistischer Antrag betreffen die Weihenholzer wird abgelehnt. Die von den Deutschnationalen zum Kabinettswechsel gestellten Vorschläge werden abgelehnt, die Vorschläge der Zentrumspartei angenommen. Sämtliche Gutachtengesetze werden in der Einzelberatung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten, der Nationalsozialisten und der Sozialisten angenommen. Diese Abstimmungen haben jedoch nur formale Bedeutung. Die entscheidenden Entscheidungen werden auf Antrag der Kommunisten und der Nationalsozialisten namentlich vorgenommen.

Das Dawesgesetz wird mit 259 gegen 172 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Gegen das Gesetz stimmten auch die Deutschnationalen.

Das Gesetz über die Liquidierung der Rentenbankscheine wird mit 202 gegen 172 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Die namentliche Abstimmung über das Industriebelastungsgesetz ergibt die Annahme mit 260 gegen 176 Stimmen bei 1 Enthaltung. Das Ausbringungsgesetz wird bei 2 Enthaltungen mit 271 gegen 175 Stimmen angenommen. Das Privatnotenbankgesetz und das Münzgesetz kommen in einfacher Abstimmung zur Annahme.

Es folgt die namentliche Abstimmung über das Eisenbahngesetz, zu dessen Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Mit allgemeiner Spannung wird dabei die Haltung der Deutschnationalen beobachtet. Verschiedene deutschnationale Abgeordnete zeigen auffällig die rote Karte, geben sie aber beim Einfallen der Karten nicht ab. Andere geben weiße Karten ab. Das Ergebnis der Abstimmung ist 314 Ja-Stimmen gegen 127 Nein-Stimmen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist, also erreicht und auch das Eisenbahngesetz ist damit angenommen.

Als der Präsident das Ergebnis bekannt gibt, entsteht bei den Kommunisten ein Schellenlärm. Sie rufen drohend nach den Deutschnationalen gerichtet: Stuhl! Von den Tribünen ertönen laute Beschuldigungen, auch von der Tribüne der Nationalsozialisten und die Kommunisten drohen mit den Händen nach den Tribünen. Der Präsident erklärt Verhüllungsgebote von den Tribünen für nicht zulässig und droht im Wiederholungsfall mit Räumung. Nachdem sich der Sturm gelegt hat, teilt der Präsident weiter mit, daß das Gelingen der Wende von Verfassungsbestimmungen erhebliche Mehrheit erhalten hat. (Vgl. Bericht bei der Reichszeitung.) Es folgt nun die namentliche Abstimmung über das Reichsbahnpersonalgesetz.

Das Reichsbahnpersonalgesetz wird mit 270 gegen 163 Stimmen angenommen. Von den Kommunisten wird den Deutschnationalen zugerufen: Jetzt stimmen Sie wieder tapfer dagegen, wenn es keine Bedeutung mehr hat.

Bei der nun folgenden Abstimmung über das Mantelgesetz reichen die für die Durchsetzung der namentlichen Abstimmung erforderlichen Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten nicht aus. Das Gesetz wird in einfacher Abstimmung angenommen. Dafür stimmt auch ein großer Teil der Deutschnationalen. Damit sind sämtliche Gutachtensgesetze angenommen.

Die Kommunisten beantragen nunmehr den nach Artikel 72 der Reichsverfassung möglichen Einbruch gegen die Verkündung der angenommenen Gesetze. Wird dieser Einbruch von einem Drittel der Abgeordneten unterstützt, so hat er die Wirkung, die Inkraftsetzung der Gesetze um 2 Monate zu verschieben, sowie daß ein Volksentscheid darüber vorzunehmen werden muß, wenn nicht Reichstag und Reichspräsident die Gesetze für dringlich erklären.

Abg. Roosen (Komm.) erklärt vor der Abstimmung, die Kommunisten wollen mit ihrem Antrag nur die Deutschnationalen zwingen, Farbe zu bekennen.

Die Kommunisten und Nationalsozialisten stimmen für den Antrag. Die Deutschnationalen geben keine Enthaltungsbillets ab. Alle drei Anträge stimmen 71 Abgeordnete, dagegen 274, 84 Abgeordnete erhalten sich der Stimme. Das zur Wirksamkeit des Einbruchs erforderliche Drittel der Stimmen ist somit nicht erreicht. Die Entscheidung der Volkspartei, die sich auf die künftigen Handelsvertragsverhandlungen bezieht, wird gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. Die Kommunisten beantworten die Ablehnung ihrer Anträge und Entschlüsse, denen meist nur die Nationalsozialisten zustimmen, mit Schmäderufen gegen die Mehrheit.

Die Entscheidung der Deutschnationalen über die Ruhr-Räumung und die Handelsvertragsverhandlungen wird abgelehnt. Damit ist die Beratung der Dawesgutachtensgesetze endgültig erledigt.

Abg. v. Gröbe (Nat.-Soz.) verliest hierauf eine Erklärung: Die Fraktion der Deutschnationalen Arbeiterschaft hält den heutigen Tag, den 29. August, für den würdevollen Tag der ruhmreichen Schlacht von Tannenberg, für den schicksalhaften Tag der deutschen Geschichte seit dem November 1918. Der Rest der Erklärung bleibt unverständlich, weil die Abgeordneten der Mittelparteien den Redner mit Rufen: Schluß! rufen.

Als Abg. Veidt (Bauer-Soz.) in einer Erklärung ansetzt, hindern ihn die Kommunisten und Nationalsozialisten daran, indem sie nun ihrerseits formwidrig schluß und rufen: rufen.

Reichspräsident Dr. Veit veranlaßt den Abg. Veidt zum Verzicht auf seine Erklärung. Gleichwohl teilt er mit, daß er niemanden mehr das Wort zu einer Erklärung erteilen werde.

Die namentliche Abstimmung über den Währungsstandort der Nationalsozialisten führt zur Ablehnung. Dafür stimmen 91, dagegen 201 Abgeordnete der 85 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen.

Es folgt der Bericht des Hauptauschusses über die Vorkonventionen zugunsten der Budgetstellen und der in den beiden We-

Wochenrundschau.

Der Kampf um das Dawesgutachten — in seiner durch die Londoner Konferenz endgültig festgelegten Form — hat in den Parlamenten begonnen. In Frankreich war der Widerstand der Opposition geringer als allgemein erwartet wurde. In der Kammer wurde die Politik Herriots mit 308 gegen 204 Stimmen und im Senat sogar mit 204 gegen 40 Stimmen gebilligt. Wir können daraus ersehen, daß die innerpolitische Lage des französischen Kabinetts bei weitem fester ist, als Herriot selbst sie in London hinzustellen liebte — wohl in der bestimmten Absicht, dadurch einen Druck auf die anderen Konferenzteilnehmer auszuüben, um sie zur Annahme der französischen Forderungen zu bewegen. Dies ist ihm auch gelungen, aber es wäre wohl ungerath, unseren Vertretern deshalb einen Vorwurf zu machen, da sich ja selbst die Engländer und Amerikaner täuschen ließen und aus Verlegenheit über die angeblich so schwankende Stellung Herriots, aus Angst vor seinem drohenden Sturz und der dann wahrscheinlichen Rückkehr Poincarés den deutschen Delegierten in der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets recht deutlich Nachgiebigkeit empfahlen. Der französische Ministerpräsident hat unzweifelhaft einen bedeutenden Sieg erröckten, und selbst Herr Poincaré mußte dieser veränderten Lage Rechnung tragen; seine große Rede im Senat zeigte eine Mäßigung und Zurückhaltung, die man bei dem rücksichtslosen Vorkämpfer des extremsten Nationalismus und Imperialismus bisher nicht gewohnt war und daher auch allenthalben übersehen hat. Da Herriot ganz gewiß ein durchaus ehrlicher Politiker ist, der es mit seinen Idealen der Völkerverständigung und friedlichen Zusammenarbeit mit Deutschland zweifellos ernst meint und der fähig ist mit aller Energie versuchen wird, seine politischen Ziele auch in die Wirklichkeit umzusetzen, so haben wir allen Grund, uns über diesen Umschwung der französischen Volkstimmung, wie sie als Ergebnis der Neuwahlen vom 11. Mai zum Ausdruck kam, zu freuen. Aber die leichte Wandelbarkeit der französischen Mentalität ist zur Genüge bekannt, und nichts wäre verkehrter und törichter, als diese neue freundlichere und friedlichere Gesinnung des französischen Volkes uns gegenüber als ein für allemal feststehenden Faktor in die politische Rechnung einzuführen. Die Kriegsspindel ist bei unseren Nachbarn noch keineswegs gänzlich verschwunden, und ein plötzliches, unvorhergesehenes Ereignis kann genügen, eine Politik, die allzu sicher mit diesem Stimmungswandel rechnet, ad absurdum zu führen und zu rufen den alten oder einen neuen Poincaré aufs Schild zu heben.

Weit unerfreulicher sind zurzeit die Verhältnisse in Deutschland. Reichsrat und Reichstag befinden sich augenblicklich noch in Beratung der sogenannten „Gutachtensgesetze“. Schon die Eröffnungssitzung des Reichstags war ein reelles Scheitern auf die politische Reife unseres Volkes. In einem Augenblick, in dem der Kanzler des Deutschen Reiches vor den Reichstag trat, um Rechenschaft abzulegen über die Londoner Verhandlungen, in einem Augenblick,

in dem nicht nur die Augen des deutschen Volkes, über dessen Schicksal jetzt auf Jahrzehnte hinaus bestimmend entschieden werden soll, sondern die Augen der ganzen Welt, die sich des ungeheuren Ernstes dieser Stunde voll bewußt ist, mit höchster Spannung auf unsere Volksvertretung gerichtet sind, in diesem Augenblick bietet diese ein Bild von unfähiger Kämmerlichkeit, von beschämender Würdelosigkeit. Das widerliche Verhalten der kommunistischen Abgeordneten, die einen hysterischen Spektakel verführten, verhinderte den Reichskanzler am Sprechen, so daß die Sitzung schließlich abgebrochen und um einen ganzen Tag verschoben werden mußte! Jeder Deutsche, der sein Volk liebt, wird sich mit Abscheu und Ekel von diesem Gesinde abwenden. Aber wenn man bedenkt, daß hinter diesen Abgeordneten 4 Millionen Wähler stehen, 4 Millionen deutsche Arbeiter, wozu man sich da nicht die völlige Unfähigkeit unseres Volkes zum Parlamentarismus eingestehen?

Wir sind uns völlig klar über die furchtbare Last, die uns das Londoner Abkommen auferlegt, aber nur der hat ein Recht, dasselbe abzulehnen, der einen besseren Ausweg aus unserer Not zeigen kann. Und haben wir nicht die sittliche Pflicht, in erster Linie auf die Stimme des besetzten Gebietes zu hören? Auf die lebenden Rufe unserer Brüder und Schwestern, die dort unter dem Skavenjoch fremder Besatzung kämpfen und die ein Recht haben, von uns zu verlangen, daß jedes, aber auch jedes Mittel ergriffen wird, ihr schweres Los zu erleichtern? Wer auch in dieser Stunde die Partei höher stellt als das Vaterland, wer leichtfertigen Hetzern uns das letzte Mittel aus der Hand schlägt, unser Schicksal erträglich zu gestalten, über den wird der Zorn des Volkes hereinbrechen, über den wird die Geschichte dereinst furchtbar zu Gericht sitzen!

Aus dem Sudan sind in letzter Zeit beunruhigende Nachrichten gekommen. Ägyptische Truppen haben gemeutert und mit offener Unterstützung der Bevölkerung gegen England demonstriert. Der Sudan, der seit 1820 zu Ägypten gehört, dann im Jahre 1881 durch den Aufstand des Mahdi in seine Unabhängigkeit erklärte, aber schließlich nach längwierigen und blutigen Kämpfen im Jahre 1898 wieder unterworfen wurde, hauptsächlich mit englischen Truppen unter Führung von Lord Kitchener, wird seit 1899 in Form eines Kondominiums von Ägypten und England gemeinsam verwaltet. Solange Ägypten selbst unter englischer Oberhoheit stand, bot diese Frage der gemeinsamen Verwaltung natürlich keinerlei Schwierigkeiten. Nachdem nun aber England 1922 Ägypten seine volle Unabhängigkeit zurückgegeben hat, verlangt das ägyptische Volk, daß ihm auch die alleinige Herrschaft über den Sudan wieder überlassen werde. Seitdem ist diese Frage zu einem ständigen Zankapfel zwischen beiden Staaten geworden, und die heftigen Unruhen bringen mit aller Deutlichkeit die englandfeindliche Stimmung der dortigen Bevölkerung zum sichtbaren Ausdruck, aufgepeitscht durch ägyptische Agitatoren und vielleicht auch durch — französische Propaganda, denn die Aspirationen Frankreichs auf den Sudan sind ja seit dem Tage von Falduda zur Genüge bekannt. England lehnte bisher jegliches Entgegenkommen in dieser Frage ab und weist zur Geltendmachung seiner Ansprüche — nicht ohne Berechtigung — auf die Opfer hin, die es nicht nur für die militärische Rückeroberung, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gebracht hat. Für England handelt es sich hier in erster Linie um die Sicherung seiner Verbindung nach Indien, und gerade in diesem Punkte ist England ja außerordentlich empfindlich. Macdonald hat sich durchaus unnachgiebig gezeigt, und das Unterhaus hat unlängst erklärt, daß es niemals in eine Abtretung seiner berechtigten Ansprüche auf den Sudan einwilligen werde. So steht denn zwischen Ägypten und England diese Frage als das größte Hindernis der von beiden Seiten angestrebten Verständigung, und es ist vorläufig nicht abzusehen, wie diese Frage gelöst werden soll, ohne daß größere Konflikte daraus entstehen.

Neues vom Tage.

Graf Berchtesgaden Kompromißkanzler?

Berlin, 29. Aug. Die „Berliner Börsenzeitung“ erörtert folgende Kombination: Es lautet, daß die Deutsche Volkspartei den Deutschnationalen offizielle und schriftliche Zusicherungen für die baldige Umbildung der Regierung zu geben im Begriff ist. Im Zusammenhang mit der Möglichkeit der Kabinettsumbildung wurde in der Wandelhalle des Reichstags gehört, daß vielleicht der Abg. Graf Berchtesgaden von der Bayerischen Volkspartei, der frühere bayerische Ministerpräsident, Reichskanzler werden könnte, und daß sowohl Marx wie Stresemann sich zurückziehen möchten, sobald sie das von ihnen begonnene Werk auf außenpolitischem Gebiet durch Annahme des Londoner Paktes gesichert sehen.

Heute Unterzeichnung in London.

London, 29. Aug. Heute, Samstag, sollen im englischen Außenamt die Protokolle zum Londoner Abkommen von den diplomatischen Vertretern der Deutschen und der verbündeten Regierungen unterzeichnet werden. Für die englische Regierung wird der sächsische Unterstaatssekretär im Außenamt, Sir Gore Crewe, unterzeichnen.

Internationale Besprechung über den Achtstundentag.

London, 29. Aug. Am 4. September wird der englische Handelsminister mit dem französischen Unterstaatssekretär für die Handelsmarine Leon Maier und dem Direktor des internationalen Arbeitsbüros Albert Thomas in London über die Arbeitszeit auf den Handelsschiffen eine Besprechung abhalten. Nach dieser Besprechung werden in Gent die Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Englands über internationale Regelung der Arbeitszeit und Durchführung der Washingtoner Beschlüsse beraten.

Politischer Skandal in Budapest.

Budapest, 29. Aug. Hier begannen die Verhandlungen gegen Ludwig Eszökö, den ehemaligen Sekretär des Ackerbaueministers Stephan Szabo-Kognatod wegen Erpressung, Verleumdung und Morddiebstahl. Nach der Anklage hat Eszökö von dem Ackerbaueminister 170 000 Dollar erpreßt unter der Drohung, daß er im Koffasse mit Entwürfen vorgehen werde. Der Minister erstattete daher gegen ihn eine Anzeige wegen Erpressung. Die vorliegende Verleumdung bezieht sich auf seine Behauptung, der Ministerpräsident Graf Bethlen, sowie die Minister Stephan Kallay und Bud hätten bei der großen ungarischen Getreideseigerung nach der Schweiz 14 Milliarden Kronen verdient. Er erklärte vor Gericht, er habe bereits im Jahre 1921 vom Ackerbaueminister Schweigefeld bekommen, damit er über die Ausfuhrbescheinigungen keine Entwürfe mache. Zwischen ihm und dem Minister sei vereinbart worden, wenn die Sache herauskomme, solle Eszökö die Verantwortung übernehmen. Der Minister versprach ihm dafür seinen Schutz. Er habe sich auch einsperren lassen, der Minister aber habe sein Versprechen nicht gehalten. Führende Politiker der Regierungspartei sind der Ansicht, daß Szabo-Kognatod im Amt verbleiben, jedoch für die Dauer der Erhebungen sein Amt nicht versehen könne.

Schachts Versuche zur Beschleunigung der Anleihe.

Berlin, 29. Aug. Reichsbankpräsident Dr. Schacht weist zurzeit, um die Anleiheverhandlungen zu fördern, in Rom und wird von dort nach Zürich, Amsterdam und Stockholm reisen. Die Anleihe wird von einem einzigen Konsortium auf den Markt gebracht, an dessen Spitze die amerikanische Bank und die Bank von England stehen werden. Der Zeitpunkt für die Auslösung der Anleihe ist noch ungewiß. Der früheste Termin ist der Oktober. Gelingt diese schnelle Durchführung nicht, so muß mit einer Verschiebung bis nach den amerikanischen Wahlen gerechnet werden.

Rom, 29. Aug. Ras, einer Meldung der Agenzia Stefani hat Mussolini den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht empfangen.

Aufmarsch gegen Rumänien?

Belgrad, 29. Aug. „Politika“ meldet aus Moskau, daß den 30. August habe die Sowjetregierung die Probemobilisierung des gesamten russischen Heeres angeordnet. Der russische Kriegsrat soll diese kollektive Maßnahme mit der herausfordernden Haltung Rumäniens gerechtfertigt haben. An der russisch-rumänischen Grenze längs des Dniestr werden seit einiger Zeit große Truppenbewegungen beobachtet, die weit über die gewöhnlichen Manöverbereitungen hinausgehen.

Nach einer Mitteilung des rumänischen Kriegsministeriums kreuzt die russische Schwarze Meer-Flotte im Schwarzen Meer und hält Übungen ab. Das Geschützfeuer ist an der rumänischen und bulgarischen Küste hörbar. Rechts nähern sich die russischen Schiffe der Küste und bestrahlen sie mit Scheinwerfer aus großer Entfernung. Der Bevölkerung bemächtigte sich große Aufregung. Sie flieht in das Landesinnere. Die rumänische Schwarze Meer-Flotte verfolgt die Bewegungen der russischen Flotte mit großer Aufmerksamkeit.

Aus Stadt und Land.

Altensteil, 30. August 1924

Vertrauen.

Diese Zeit ist vielleicht einer der scharfen Schaffens-tage unseres Herrgottes. Er nimmt seine Menschenherde und knetet sie; er haut Späne davon; er will vielleicht aus der Herde ein Volk nach seinem Willen gestalten. Geknetet werden, gehauen werden, das tut aber der Menschheit weh und ist nichts als Jammer für sie. Wir können nun nichts anderes tun, als Vertrauen zum Bildner haben und schweigend erwarten, was er vorhat mit seinem Volke.

Hans Thoma.

Was ich wollte, liegt zertrümmert,
Herr, ich lasse ja das Klagen,
Und das Herz ist still.
Nun aber gib auch Kraft, zu tragen,
Was ich nicht will. Eichenorff.

Zum Sonntag.

Die große Ferien- und Urlaubszeit ist jetzt im Gange vorüber. Die Schüler kehren in ihre Schulen, die Beamten auf ihre Stellen zurück. Wohl dem, der einen Urlaub zu genießen hatte, sei's in guter Luft oder Bergluft, oder auch daheim. Noch vielen überlasteten Menschen, namentlich auch vielbeschäftigten Hausfrauen und Müttern wäre eine solche Urlaubszeit zu gönnen, wo sie sich ausspannen und neue Kräfte für ihre Arbeit sammeln können. Und nicht nur körperliche Kräfte; aus der Hege des heutigen Lebens wieder einmal zu sich selber kommen, die Schönbild der Heimat auf sich wirken lassen, wieder einmal in Ruhe ein gutes Buch lesen, auch sich Rechenschaft geben innerliche Gemeinhaft pflegen mit den Seintigen und über das große Woher und Wohin des Lebens und mit Gleichgesinnten, das braucht man, um Mensch zu sein und den Pfad zum überzeitlichen Jungbrunnen des Daseins in Gott zu finden. So kehrt man nicht wehmützig in die trostlose Fretmühle des Geschäfts zurück, sondern frei zum Dienste des Höchsten, ob man diesen Dienst auch auf einem noch so unscheinbarer oder mühevollen Posten zu leisten hat.

* Berufen wurde Postmeister Walter in Pfalzgrafenweiler auf Ansuchen nach Neuffen.

* Befördert wurde zum Eisenbahnoberinspektor Schim, Vorsteher der Bahnstation Horb.



Gelegenheitskauf in
Strickjacken und Westen
Reinhold Hayer Altensteig

Bezirksfürsorgestelle Nagold.
Sprechtag
in Altensteig am Dienstag, den 2. September.

Dornstetten.
Die Stadtgemeinde Dornstetten bringt am **Donnerstag, 4. September, vormittag um 10 Uhr** auf dem Rathaus in Dornstetten im Wege des schriftlichen Aufstreichs



Lang- und Sägholz

zum Verkauf und zwar:
aus Abteilung Rehntwiesesrain 160 Zm. in 12 Losen,
aus Abteilung Gelfeig 126 Zm. in 7 Losen,
aus Abteilung Miffe 44 Zm. in 4 Losen und
aus Abteilung Hagenrain 45 Zm. in 3 Losen.

Loszettel beim Waldmeister. Viehhaber sind eingeladen.
Den 29. 8. 1924. Gemeinderat.

Treuhandbüro Oberndorf
Bücherrevisor u. Steuerberater W. Harry Möller.

Altensteig.
Brückenwaagen und Gewichte
empfehlen zu bill'gsten Preisen
Paul Beck.

Altensteig.
Steinzeug-Einmachtopfe
(8 bis 140 Liter Inhalt)
empfehlen
Bech & Ziegler
G. Schneiders Nachf.
Tel. Nr. 9.

In eine gute Küche gehört ein
Weber Kochbackherd.
Ist gleichzeitig Kochherd u. Hausbackofen in vollendetester Ausführung. Wo nicht vertreten Preislisten durch die größte Spezialfabr. Deutschlands Ant. Weber, Ettlingen (Baden).

Altensteig.
Ulmer Pflüge
Pflugkörper und Pflugteile
empfehlen zu Fabrikpreisen
Paul Beck.

Habe mich in Nagold, Hotel Löwen, als
Zahnarzt
niedergelassen.
Dr. Bungert.

Ihre Verlobung zeigen an
Karoline Braun
Gottfried Schlee
Obermusbach Zumweiler
August 1924.

Handwerkskammer Reutlingen.
Meisterprüfungen.
Im Winter 1924/25 finden am Sitze der Handwerkskammer Reutlingen in sämtlichen Gewerben wieder Meisterprüfungen statt. Vorbereitungskurse werden je nach Zahl der Prüflinge in den einzelnen Bezirken abgehalten. Anmeldung zur Meisterprüfung, wozu Formulare von der Geschäftsstelle der Kammer bezogen werden können, sind bis spätestens 8. September 1924 an die Handwerkskammer Reutlingen einzureichen.
Präsident: G. Hue
Syndikus: Eberhardt.

Nagold.
Löwenlichtspiele.
Wiedereröffnung von Samstag ab.
Samstag Abend 8.15, Sonntag 2.15, 4.30 u. 8.15 Uhr.
„Mutter, dein Kind ruft“
(Das brennende Geheimnis)
in 6 großen Akten.
Jeder Vater } muß den Film „Mutter, dein Kind ruft“
Jede Mutter } gesehen haben.
Jeder Sohn }
Jede Tochter }
Für Jugendliche ist der Film zugelassen.
Sowie Lustspiel. Kinder halbe Preise.

Abmarsch zum
Werbturnen
in Wildberg
11 Uhr Lokal.
Rückkehr 9.28.

Altensteig.
Ein tüchtiges
Mädchen
für Haus und Landwirtschaft sucht sofort
Dieterle & Stern.

Kirchliche Nachrichten.
11. Sonntag u. Dr. 31. Aug.
vorm. 10 Uhr Predigt über
Jaf. 2, 13-17: Worin
zeigt sich ein lebendiger
Glaube?
Lied 99, 442.
Der Kindergottesdienst fällt
aus.
Nachm. 1/2 Uhr Christen-
lehre mit den Töchtern.
Mittwoch abend 8 Uhr Bibel-
stunde im Lutheraal.

Methodisten-Gemeinde.
Sonntag, den 31. August
vormittags 1/2 10 Uhr Pres-
digt und Feier des H.
Abendmahls (Prediger A.
Ulrich-Freudenstadt.) Die
Sonntagsschule fällt aus.
Nachmittags 2 Uhr Be-
zirksvierteljahrsversamm-
lung, abends kein Gottes-
dienst.
Dienstag abends 8 1/2 Uhr
Jügl. u. Jungfr. Verein.
Mittwoch abends 8 1/2 Uhr
Gebetsversammlung.

Gelegenheitskauf
Betttücher gute Qualität
das Stück Mk. 4.50
Reinhold Hayer, Altensteig

Schwäbischer Heimattalender.
Ein Volkstalender im voll-
sten Sinne des Wortes mit
gediegenen Beiträgen heimi-
scher Schriftsteller u. Dichter,
sowie hübschen Abbildungen.
Preis 50 Pfg.
Zu haben in der
B. Nieferischen Buchhandlg.
Altensteig.

Damen- u. Herrenschrime
Spazierstöcke usw. finden Sie in reichster Auswahl bei
Lorenz Luz jr., Altensteig, Tel. 46

Bekleidung
Ausstattung
Paul Räuchle, Calw

Dr. Unblutige Mahnung.
Mein ob seiner Großheit berühmter Kollege Dr. Heim (nicht der ehemalige bayrische Zentrumsführer, der allerdings auch nicht am Herdrücken stirbt, sondern der populäre Berliner Arzt) sagte einmal in einer großen Damengesellschaft: „Ich bin überzeugt, meine Damen, daß keine von Ihnen einen Fuß brechen könnte, ohne sich vor mir schämen zu müssen.“ Das war vor 100 Jahren. Bis vor etwa 2 1/2 Jahren, als Sanitätsrat Dr. med. Campes' Kukirol-Fußbad aufgab, hatte seitdem die Fußpflege fast keinerlei Fortschritte gemacht, während eine vernünftige Behandlung der Füße, mit denen man früher ebenfalls wenig Umstände machte, immerhin schon vor einigen Jahrzehnten begonnen hat. Man weiß jetzt, daß der menschliche Organismus nicht nur durch die Lungen, sondern auch durch die Haut atmet.
Wenn nun ein so nervenreiches Organ, wie der Fuß, selbsten in eine enge lederne Kappe gepackt und mit einem Dunst von zerriebenem überfetteten Schweiß umgeben ist, so ist das selbstverständlich der Gesundheit sehr schädlich, ganz abgesehen davon, daß der Schweiß die Schürpe und das Schuhwerk zerfrisst und Wundlaufen und Brennen der Füße verursacht.
Es ist eine Tatsache, daß Leute, die unangenehm riechen, sei es aus dem Munde oder aus den Schuhen, das selbst nicht bemerken.
Andere bemerken es natürlich, aber weil niemand dem anderen sagen will: „Lieber Freund, Du riechst übel“, so erfährt er es nicht, selbst wenn es so arg ist, daß ein Zimmer, in dem er sich aufhält, in kurzer Zeit „durchstülpt“ ist.
Und es sind, genau wie vor 100 Jahren, nicht nur die Angehörigen der unteren Stände, die sich schämen müßten, wenn sie unvermuthet genüßigt wären, dem Arzt die bloßen Füße zu zeigen.
Besondere Fußpflege ist dringend not und dazu ist Sanitätsrat Dr. med. Campes' Kukirol-Fußbad da. Nicht seine Nachahmungen, denn Nachahmungen sind meistens Schand, sondern das echte, mit der bekannten Schutzmarke „Hahnenkopf mit Fuß“.
Das echte Kukirol-Fußbad enthält als wirksamsten Bestandteil ein Produkt, dessen Herstellungsverfahren durch deutsches Reichspatent geschützt ist.
Alle Versuche von Nachahmern, ein dem Kukirol-Fußbad auch nur annähernd gleichwertiges Präparat herauszubringen, wurden auch in Zukunft scheitern.
Füße, die regelmäßig mit Kukirol-Fußbad behandelt werden, werden auch weniger, denn es kräftigt Nerven und Sehnen. Weil die Fußpflege so außerordentlich wichtig ist und weil die Mehrheit erst von der Wohltat des Kukirol-Fußbades durch einen Versuch überzeugt werden muß, hat die Kukirol-Fabrik neben den bisherigen Doppelpackungen eine kleinere Packung herausgebracht, die

nur 30 Pfennig kostet
und jetzt in allen Apotheken und wirklichen Fachgeschäften zu haben ist. Versuchen Sie es sofort! Sie werden überrascht sein, wie angenehm es gegenüber einem Seifenfußbad wirkt, wie wohl Sie sich danach befinden und wie kräftig und elastisch Sie Fußmuskeln werden, nach dem Sie sich bisher wie zerschlagen fühlten. Die 30 Pfennig werden Sie bestimmt nicht reuen.
Fragen Sie Ihren Arzt, er wird Ihnen das alles bestätigen.
Verlangen Sie auch von uns die sehr wichtige Broschüre „Die richtige Fußpflege“. Wir senden Ihnen diese kostenlos und portofrei und ohne jede Verbindlichkeit für Sie.
Außerdem erteilt unsere, unter der Leitung eines allen, erfahrenden Arztes stehende wissenschaftliche Abteilung kostenlos Rat und Auskunft über alle Fragen, die sich auf Fußpflege und Fuß-
kellen beziehen.
Der Kukirol-Walzer ist im Verlage Ernst Hugo Becker, Berlin, erschienen und in allen Musikalien-Handlungen erhältlich. Außerdem ist jede Kapelle in der Lage, den Kukirol-Walzer zu spielen. Bitten Sie den Kapellmeister in dem Lokal, das Sie mit Ihrem Besuch beehren, den Kukirol-Walzer zu spielen.
Kukirol-Fabrik Kurt Krisp, Groß-Salze bei Magdeburg.
Druckanschrift: Kukirolfabrik Omböden.
Fernruf: Schönbach (220) 426, 624, 628.

